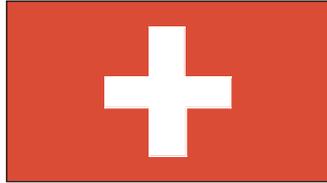


TRINATIONALES ABKOMMEN FÜR LEHRE UND FORSCHUNG



(IW/df) Unter Federführung der Klinik für Mund-, Kiefer- und Plastische Gesichtschirurgie des Universitätsklinikums in Frankfurt am Main wurde in Warschau am 20. Mai 2006 ein internationales Abkommen zwischen den Fachbereichen Medizin der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, der medizinischen Fakultät der Universität Basel in der Schweiz und der polnischen Medizinischen Akademie in Warschau unterzeichnet. Die drei Vertragspartner sehen das Abkommen als wegweisend für die Internationalisierung von Spitzen- und Hochleistungsmedizin. Die Universitätskliniken wollen mit dem Abkommen ein deutliches Zeichen für eine gewollte Internationalisierung von Forschung und Lehre setzen, verbunden mit der Bildung europäischer Kompetenznetze an den drei Standorten.

Das Abkommen wurde im Rahmen des Ersten Internationalen Polnischen Kongresses für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde in Warschau von den Direktoren der drei beteiligten Kliniken, dem Frankfurter Professor Dr. Dr. Robert Sader, Professor Dr. Dr. Hans-Florian Zeilhofer aus Basel und Professor Dr. Janusz Piekarczyk aus Warschau, unterzeichnet. Für die Universitäten unterschrieben die Dekane der Fachbereiche in Frankfurt und Basel, Professor Dr. Josef Pfeilschifter und Professor Dr. André Perruchoud sowie der Rektor der Medizinischen Akademie Warschau, Professor Dr. Leszek Paczek.

Ein Ziel der Kooperation ist die gemeinsame Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der wissenschaftlichen Zusammenarbeit der drei Universitätskliniken zunächst auf dem Gebiet der Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie. Ein Schwerpunkt soll dabei auch im Austausch von Studenten liegen, um damit den europäischen Gedanken und die Verbundenheit zu Polen zu fördern, aber auch um die heranwachsende

Forschergeneration frühzeitig international auszurichten. Mitte Juli 2006 wird eine erste Studentengruppe der Zahnmedizin aus Warschau nach Frankfurt am Main kommen. Finanziert wird dieser Besuch durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD). Diese strategische Kooperation setzt den Trend der internationalen Einbettung der deutschen Forschungslandschaft durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) fort. Bereits im letzten Jahr hatte die DFG ein grundlegendes Abkommen mit ihrer Partnerorganisation in Polen, der Stiftung für die polnische Wissenschaft, der Fundacja na Rzecz Nauki Polskiej (FNP), abgeschlossen.

Seit fast einem Jahr arbeitet eine zahnärztliche Nachwuchswissenschaftlerin aus Warschau an der MKG-Klinik des Frankfurter Universitätsklinikums und hat das erste gemeinsame trinationale Forschungsprojekt mit den Mund-Kiefer-Gesichtschirurgen aus Warschau und dem Hightech-Forschungs-Zentrum der MKG-Chirurgie in Basel durchgeführt. Die wissenschaftlichen Ergebnisse wurden auf dem Kongress in Warschau erstmals vorgestellt. In Zukunft sollen innovative 3-D-Planungsverfahren, die am Basler Forschungszentrum von einem Warschauer Informatiker gemeinsam mit der Frankfurter Uniklinik neu entwickelt werden, bei den Patienten in Frankfurt, Basel und Warschau eingesetzt werden. Besonders werden davon z.B. Patienten mit Kieferfehlstellungen profitieren, bei denen anlagebedingt die Kiefer zu klein sind und chirurgisch aufgedehnt werden müssen. Auch die Industrie hat Interesse an dieser grenzüberschreitenden Kooperation angemeldet, bei der unter anderem neuartige Medizinergäte zur Kieferdehnung eingesetzt werden, und wird diese Zusammenarbeit im Rahmen der vorgesehenen internationalen klinischen Studien aktiv unterstützen.

MEDIZINISCHER FAKULTÄTENTAG STEHT HINTER DER NEUEN APPROBATIONSORDNUNG FÜR DIE ZAHNMEDIZIN

➤ INFO

Der MFT ist die Konferenz der Medizinischen Ausbildungs- und Forschungsstätten in den der Hochschulrektorenkonferenz angehörenden Universitäten, also quasi der „Dachverband“ der Medizin- und Zahnmedizin-unis.

(df) Am 5. Mai 2006 hatte der Medizinische Fakultätentag der Bundesrepublik Deutschland – kurz MFT – zu einer erweiterten Präsidialkommissionssitzung nach Mainz eingeladen, um über die neue Approbationsordnung für die Zahnmedizin zu sprechen. Es ging vor allem darum, die Mediziner davon zu überzeugen, dass die Zahnmedizin dringend eine Reform benötigt und die entworfene neue Approbationsordnung der richtige Weg dahin ist. Als Spitzenvertreter der Zahnärzteschaft waren Dr. Dr. Jürgen Weitkamp, der Präsidenten der Bundeszahnärztekammer, und Prof. Dr. Dr. Reinert, der Vorsitzende der Vereinigung der Hochschullehrer für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, anwesend – für die Interessen der Zahnmedizinierenden setzten sich die BdZM-Vorsitzenden Jan-Philipp Schmidt und Johan Wölber ein. Man einigte sich darauf, dass die Medizinischen Fakultäten die Zahnmedizin bei ihrem Streben nach der politischen Umsetzung der neuen Approbations-

ordnung unterstützen werden – es wurde jedoch auch klar, dass nicht vor 2008 mit einem Inkrafttreten zu rechnen ist. Mit der neuen Approbationsordnung werden die vorklinischen Studienabschnitte von Medizin und Zahnmedizin, inklusive des Physikums, vereinheitlicht. Außerdem sollen zahntechnische Lehrinhalte zu Gunsten ärztlicher und zahnärztlicher Studieninhalte deutlich gekürzt werden, was auch von Seiten des BdZM begrüßt wurde

Der Forderung des Wissenschaftsrates nach einer zusätzlichen wissenschaftlichen Arbeit während des Studiums, trat der BdZM allerdings ablehnend entgegen – durch die neuen Lehrinhalte werde die Belastung für die Studierenden ohnehin beträchtlich steigen. Auch wenn die Sitzung in Mainz ein wichtiger Schritt hin zur überfälligen Reform war, wird sich der MFT weiterhin mit dem Thema neue Approbationsordnung für die Zahnmedizin beschäftigen müssen – gleichsam selbstverständlich auch der BdZM.

ZAHNARZTPRAXEN IM AUFWIND

(KZBV/df) „Zahnarztpraxen sind ein Paradebeispiel für die Jobmaschine Gesundheitswesen. Wir hatten Ende 2004 deutschlandweit mehr als 380.000 Arbeitsplätze in der Zahnmedizin, und vor allem: Wir bilden weit überdurchschnittlich aus. Die Gesundheitspolitik sollte dabei helfen, dass das so bleibt“, kommentierte der Vorstandsvorsitzende der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), Dr. Jürgen Fedderwitz, die Vorlage von Eckdaten über Zahnarztpraxen als Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor. Nach Angaben der KZBV waren Ende 2004 in Deutschland knapp 56.000 Zahnärzte mit Kassenzulassung tätig, die insgesamt 226.000 Arbeitnehmer beschäftigten. Im Jahr 1998 seien es noch 210.000 gewesen. Der zahnmedizinische Sektor weise ein kontinuierliches Job-Wachstum aus. Besonders hervorzuheben ist laut Fedderwitz, dass die Auszubildendenrate mit 13,5 Prozent der Beschäftigten weit über dem Durchschnitt liegt. Zudem gebe es etwa 100.000 weitere Arbeitsplätze, vor allem bei zahntechnischen Laboren und in der Dentalindustrie,

die von den Zahnarztpraxen mittelbar abhängen. Anlass für Fedderwitz' Äußerungen war eine Ausarbeitung des Berliner Zahnmediziners Klaus Schindler, die die Kassenzahnärztliche Vereinigung Berlin vorgelegt hat. Danach weist das Gesundheitswesen insgesamt ein hohes Wachstums- und Beschäftigungspotenzial auf. KZBV-Chef Fedderwitz verwies auf Berechnungen des Instituts der Deutschen Zahnärzte, nach denen Zahnärzte erhebliche Investitionen für ihre Existenzgründung leisten: „Die Investitionen lagen 2004 in den alten Bundesländern durchschnittlich bei 255.000 Euro für die Übernahme einer Praxis und bei 335.000 Euro für eine Neugründung. Dabei nutzen immer mehr Frauen die Chance einer Niederlassung.“ Der Frauenanteil bei Neugründungen liege im Westen bei 39 Prozent, in den neuen Bundesländern sogar bei 52 Prozent. Für Fedderwitz ist die hohe Bereitschaft der Zahnärzte, eine eigene Praxis zu gründen, die beste Garantie dafür, dass die zahnmedizinische Versorgung im gesamten Bundesgebiet gesichert bleibt.